

Brüssel, den 23. Oktober 2024  
(OR. en)

---

Interinstitutionelles Dossier:  
2024/0252(BUD)

---

14475/24  
ADD 1

FIN 903  
PE-L 27

## I/A-PUNKT-VERMERK

---

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Komm.dok.:	14348/24 (COM(2024) 650 final)
Betr.:	Standpunkt des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 zum Gesamthaushaltsplan 2024: Anpassungen bei den Mitteln für Zahlungen, Aktualisierung der Einnahmen und weitere technische Aktualisierungen – <i>Erklärung Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Frankreichs, Irlands, der Niederlande, Österreichs, Polens, Schwedens und Tschechiens</i>

---

Die Delegationen erhalten in der ANLAGE die gemeinsame Erklärung Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Frankreichs, Irlands, der Niederlande, Österreichs, Polens, Schwedens und Tschechiens.

**Gemeinsame Erklärung Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Frankreichs,  
Irlands, der Niederlande, Österreichs, Polens, Schwedens und Tschechiens**

Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, die Niederlande, Österreich, Polen, Schweden und Tschechien weisen darauf hin, dass Verwaltungsausgaben im Rahmen der regulären Ausgaben unter der Rubrik 7 finanziert werden sollten, ohne auf besondere Instrumente zurückzugreifen. Wir freuen uns, dass neun Organe in der Lage waren, den zusätzlichen Bedarf an Ausgaben für Dienstbezüge durch Umschichtungen im EBH Nr. 5/2024 zu decken. Gleichzeitig bedauern wir, dass der Ausschuss der Regionen als einziges Organ den zusätzlichen Bedarf nicht durch Umschichtungen finanziert hat.

---